



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

97. Sitzung (öffentlich)

3. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:15 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **3**

1 Haushaltsgesetz 2017 **4**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500
hier: Einzelplan 07

Vorlagen 16/4231 (Erläuterungsband), 16/4277 und 16/4356

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten stimmt der Ausschuss den im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend liegenden Teilen des Einzelplans 07 zu.

2 Auch betriebliche Kindertageseinrichtungen sind förderungswürdig! 13

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 16/11700 – Neudruck

Ausschussprotokoll 16/1435

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten sowie gegen
die Stimmen von CDU und FDP lehnt der Ausschuss den
Antrag von CDU und FDP ab.

3 Verschiedenes**15**

* * *

1 Haushaltsgesetz 2017

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500
hier: Einzelplan 07

Vorlagen 16/4231 (Erläuterungsband), 16/4277 und 16/4356

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzende Margret Voßeler teilt mit, der Landtag habe in seiner 121. Sitzung am 15. September 2016 den Gesetzentwurf federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolge.

Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sei in erster Linie für große Teile des Einzelplans 07 zuständig.

In der letzten Sitzung am 27. Oktober habe die Aussprache stattgefunden. Änderungsanträge lägen dem Ausschusssekretariat nicht vor.

Wolfgang Jörg (SPD) führt aus, der vorliegende Haushalt sei die konsequente Weiterentwicklung, Umsetzung und Realisierung einer guten Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. Seit 2010 habe man in allen zentralen Bereichen, die für das Land wichtig seien, erhebliche Fortschritte erzielt. Beispielsweise habe man den U3-Ausbau, den man sich vorgenommen habe, geschafft. Es werde weiter in den Ausbau investiert. Dies gelte auch für den Ü3-Ausbau. Dies sei natürlich auch der Flüchtlingssituation geschuldet.

Darüber hinaus habe man eine hervorragende Familienpolitik betrieben. Dies komme dadurch zum Ausdruck, dass man die Familienbildung gestärkt und die Familienzentren ausgebaut habe, und zwar dort, wo es die meisten sozialen Verwerfungen gebe.

Des Weiteren habe man das KiTaPLUS-Programm entwickelt, sodass sie jetzt im ganzen Land wirke. In den entsprechenden Einrichtungen treffe man auf große Unterstützung und Zustimmung, in dieser Weise weiterzumachen.

Der Landesjugendplan sei ständig weiterentwickelt worden. Dieser könne sich nicht nur im Land sehen lassen, sondern sei in der gesamten Bundesrepublik einmalig. Die Jugendverbände begrüßten ausdrücklich, dass man mit ihnen versuche, die Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen weiterzuentwickeln.

Nach Auffassung seiner Fraktion sei es also ein gelungener Haushalt. Gleichwohl sehe seine Fraktion an der einen oder anderen Stelle noch Handlungsbedarf. Insofern werde man noch Änderungsanträge einbringen. Da man sich gestern nicht darauf habe verständigen können, in der Ausschusssitzung am 24. November abschließend

über den Haushalt zu beraten, sondern heute, werde man diese noch nicht heute, sondern erst in den Haushalts- und Finanzausschuss am 24. November einbringen.

Vorsitzende Margret Voßeler merkt an, dass in der heutigen Sitzung abschließend über den Haushalt beraten werden müsse.

Bernhard Tenhumberg (CDU) kann die Ausführungen des Abgeordneten Jörg nicht nachvollziehen. Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Zwar sei der Haushalt monetär ausgeweitet worden, allerdings nur in zwei Positionen, nämlich mit Blick auf die Flüchtlingsproblematik und den Belastungsausgleich, der erhöht worden sei. Wenn diese beiden Bereiche herausgenommen würden, komme man auf ein Minus von 13 Millionen.

Die globale Minderausgabe werde ausschließlich im Kinderbereich erwirtschaftet. Das Ministerium habe in der letzten Sitzung nur die entsprechenden Stellennummern genannt, aber nicht ausgeführt, was inhaltlich dahinterstehe. Die Kürzungen der globalen Minderausgabe würden in Höhe von 26 Millionen bei der Kindspauschale und 4 Millionen im Bereich der Kindertagespflege erfolgen. In diesen 30 Millionen sei das gesamte Sprachförderprogramm enthalten. Dies beinhalte fast 30 % des gesamten Investitionsvolumens. Insofern werde nicht über Peanuts gesprochen.

Die Landesregierung habe in der letzten Sitzung ausgeführt, 22.500 neue Kitaplätze im U3- und Ü3-Bereich haben zu wollen. Dafür wolle man aber nur 119 Millionen Investitionsmittel zur Verfügung stellen. Jeder könne ausrechnen, dass dies nicht ausreiche. Es fehle somit an einer gesicherten Finanzierung, es sei denn, man wolle die Kommunen zusätzlich belasten.

Es sei politischer Wille gewesen, 2013 3.000 Familienzentren zu etablieren. Ende 2017 würden nun 2.450 Familienzentren vorhanden sein. Er stelle fest, ein gutes Modell werde verlangsamt ausgebaut. Dies sollte wesentlich schneller umgesetzt werden, und zwar nicht nur in Brennpunkten, sondern flächendeckend.

Für die Verbraucherinsolvenzberatung seien die Ansätze seit 2011 unverändert geblieben. Hierzu schreibe die Wohlfahrtspflege:

Für die Beratungsstellen bedeutet dies ein weiteres Auseinanderdriften von realen Kosten zur Refinanzierung, da seit 2011 keine ausreichende Aufstockung der Mittel erfolgt ist, um die Tarifsteigerungen anteilig nachzuvollziehen.

Vor dem Hintergrund werde ein qualitativer Ausbau in Nordrhein-Westfalen gefordert, da die Beratungskapazitäten die Nachfrage seit Jahren nicht deckten.

Vor dem Hintergrund könne er die Ausführungen des Abgeordneten Jörg, dass alles so wunderbar aussehe, nicht nachvollziehen. Dies zeigten auch Gespräche mit den Verbänden. Dies gelte sowohl für den Bereich 07 30 als auch für den Bereich 07 40.

Er habe in der letzten Sitzung die 2,6 Millionen für die Schwangerschaftskonfliktberatung für Flüchtlingsfrauen angesprochen. In der Sitzung des Frauenausschusses am

gestrigen Tage seien mehr Mittel angekündigt und mitgeteilt worden, dass das Programm überzeichnet sei. Er bitte um eine Klarstellung.

Im Koalitionsvertrag habe man einen weiteren Ausbau der Qualität der pädagogischen Arbeit in den Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege vereinbart. Ein schallendes Gelächter würde der Koalition entgegenkommen, wenn man sich hierüber mit Kitalleitungen unterhalten würde.

Darüber hinaus habe man eine bessere Personalausstattung vereinbart. In diesem Zusammenhang verweise er auf den entsprechenden Bericht des Landesrechnungshofs, in dem stehe, dass in vielen Einrichtungen die Mindestausstattung nicht gewährleistet sei, sodass der Landesrechnungshof sogar die Kommunen auffordere, über Rückzahlungen nachzudenken und das intensiv zu prüfen. Vom Personalwert 2 rede niemand mehr, und der Personalwert 1 könne gar nicht eingehalten werden, weil die Auskömmlichkeit nicht gewährleistet sei.

Des Weiteren habe man mehr Männer in die Kitas bringen wollen. Auch dies könne er nicht feststellen.

Auch die Elternbeitragsfreiheit habe man versprochen, allerdings das Versprechen ebenfalls nicht eingehalten.

Des Weiteren habe man die Ausnahmedynamik steigern wollen. Auch dies sei nicht geschehen. Lediglich Umwandlungen habe man vorgenommen. Dies führe zu Problemen im Ü3-Bereich.

Ferner stehe im Koalitionsvertrag, das Betreuungsgeld solle zur Schaffung von U3-Plätzen zur Verfügung stehen. Weil jedoch die Not so groß gewesen sei, habe man die Gelder nicht für den U3-Ausbau zur Verfügung gestellt, sondern drei Viertel davon als Notgroschen verwendet, damit das ganze System nicht komplett an die Wand gefahren werde. Nicht 431 Millionen, wie im Koalitionsvertrag geschrieben, sondern nur 100 Millionen habe man für den Ausbau verwendet. 331 Millionen € würden für Betriebsmittelinvestitionen ausgegeben.

Eine auskömmliche Finanzierung habe man sicherstellen wollen. Jeder werde zur Kenntnis genommen haben, dass die Finanzierung eben nicht auskömmlich sei. Dies habe natürlich Auswirkungen auf die Qualität.

Die Opposition sei in den letzten Jahren sehr aktiv gewesen und habe die Regierungsfractionen aufgefordert, in den im Koalitionsvertrag beschriebenen Bereichen tätig zu werden. In der Zielsetzung sei man sich natürlich einig: Qualität, Einklang von Familie und Beruf. Die Regierungsfractionen seien aber nicht fähig, den eigenen Koalitionsvertrag umzusetzen.

Seine Fraktion fordere seit 2011 die Erhöhung der Kindspauschale. Seit 2011 gebe es eine defizitäre Situation, und es werde nicht gegengesteuert.

Ein bedarfsgerechter Ausbau habe ebenfalls nicht stattgefunden.

Der letzte Haushalt vor der Landtagswahl weise keine neuen Perspektiven für Kinder und Jugendliche auf. Es gebe nichts Neues, keine Innovation.

Er fasse zusammen, die Situation sei katastrophal. Diese verfestige sich mit dem Haushaltsplan 2017. Das Schlimme sei, politisch habe man nicht die Kraft, hier umzusteuern. Von daher werde es Zeit für eine neue Landesregierung, die neue Akzente setze.

Marcel Hafke (FDP) bedankt sich zunächst bei der Ministerin für den Bericht zum Thema „Kinderarmut“. Hierüber werde sicherlich in einer der nächsten Sitzungen ausführlich beraten.

Die Ministerin habe in der letzten Sitzung zugesagt, den Abgeordneten den in jener Sitzung gehaltenen Bericht über die Flüchtlinge zuzuleiten. Dies sei bislang nicht geschehen. Er bitte, in dem Bericht auch zu präzisieren, wie das Volumen der Altfälle aussehe und wie sich das aufschlüssele. Dies sei im Berichterstattergespräch nur sehr oberflächlich dargelegt worden.

Er stelle fest, dass im nun vorliegenden Haushalt keine eigenen Schwerpunkte gesetzt worden seien. Es stünde einer Landesregierung gut zu Gesicht, Prioritäten zu setzen und die Probleme anzugehen. Probleme einfach zu leugnen und die Situation schönzureden, finde er angesichts der Situation nicht angemessen.

Er fände es schön, wenn die Koalitionsfraktionen ihre Änderungsanträge kurz vorstellten, auch wenn diese heute nicht eingebracht würden.

Seit 2010 sei Rot-Grün im Amt. Das Kinderbildungsgesetz gebe es seit 2008. Auch er wisse, dass nicht alles gut daran gewesen sei, aber die Grundsatzidee sei mit Sicherheit richtig gewesen. Bei so einem großen Systemwechsel sei es immer sinnvoll, eine Evaluierung zu machen. Darüber habe sich jedoch die damalige Ministerin Schäfer hinweggesetzt. Der Abgeordnete Jörg sage immer, es gebe kein Erkenntnisdefizit, man wisse um die Probleme. Wenn man diese wisse, dann wäre es doch in der Verantwortung von Rot-Grün gewesen, die Probleme zu lösen. Sechs Jahre lang werde sich jedoch darauf ausgeruht, dass beim Kibiz keine Veränderungen möglich seien, weil es konnexitätsrelevant wäre. Die Landesregierung habe dann ein eigenes Gutachten vorgelegt, und man stelle plötzlich fest, dass die Veränderungen überhaupt nicht konnexitätsrelevant seien. Vor dem Hintergrund frage er sich, was sechs Jahre lang geprüft worden sei. Er stellt fest, dass sehr viel Zeit verschlafen worden sei. Die Problematik sei nicht vom Tisch und werde sich eher verschärfen. Denn ein neues Kinderbildungsgesetz werde, egal wer regiere, frühestens 2018/2019 greifen.

Dass die Kinderarmutszahlen in Nordrhein-Westfalen stiegen oder zumindest konstant seien, sei doch im Prinzip ein Armutszeugnis für eine Regierung, die sich als ein Schwerpunkt auf die Fahnen geschrieben habe, die Kinderarmut in Nordrhein Westfalen zu senken. Er stimme der Aussage in dem Bericht zu, dass dies mit dem Thema „Elternarmut“ zusammenhänge. Es sei ja in allen Debatten deutlich geworden, dass insbesondere alleinerziehende Mütter von Armut betroffen seien. Vor dem Hintergrund müssten doch einmal Diskussionen über Randzeitenbetreuung in Kindergärten und 24-Stunden-Betreuung geführt werden, anstatt Unternehmen zu bitten, entsprechende Regelungen zu treffen. Es sei grob fahrlässig von der Landesregierung, hier nicht tätig zu werden. Damit werde den Eltern und Kindern die Chance auf einen vernünftigen

Lebensweg genommen. Anstatt ideologisch an solche Debatten heranzugehen, sollte man versuchen, die Probleme zu lösen.

Seine Fraktion werde den Haushalt ablehnen, weil nicht die richtigen Prioritäten gesetzt würden und man die Probleme nicht angehe.

Daniel Düngel (PIRATEN) lässt verlauten, Rot-Grün habe im Koalitionsvertrag vereinbart, ein neues Kinderbildungsgesetz zu verabschieden. Dies sei bislang nicht geschehen. Die Koalitionsfraktionen sollten nicht immer wieder die rhetorische Frage stellen, wer das Kibiz zu verantworten habe. Dies helfe nicht weiter. Jeder wisse, dass dieses Kibiz nicht das Gelbe vom Ei gewesen sei. Seine Fraktion habe in den letzten Jahren immer wieder entsprechende Anträge gestellt, passiert sei jedoch wenig. Vor einem dreiviertel Jahr sei dann ein neues Kibiz angekündigt worden. Er bezweifle, dass das neue Kibiz schon 2018/2019 greifen werde. Er gehe sogar von 2020 aus. Dies sei ein Armutszeugnis. Er finde es eine Frechheit, gegenüber dem Wähler immer und immer wieder leere Versprechungen zu machen. Wenn man wisse, dass man es nicht umsetzen könne, ein neues Kinderbildungsgesetz auf den Weg zu bringen, dann sollte man es auch nicht in einen Koalitionsvertrag schreiben. Das wäre ehrlich.

In den letzten Monaten und Jahren habe man immer wieder über die Unterfinanzierung der Kitas gesprochen. Nun habe man eine Notlösung gefunden, sodass es mit den Kitas erst einmal weitergehen könne. Er bezweifle, dass diese Lösung für die nächsten drei bis vier Jahre ausreiche. Die Problematik werde immer schlimmer.

Seine Fraktion vertrete die Auffassung, dass Bildung beitragsfrei sein müsse. Kitas verstehe man als Ort der frühkindlichen Bildung. Dies tue die Landesregierung ja auch. Gleichwohl werde nicht entsprechend gehandelt. Lediglich das dritte Kindergartenjahr sei beitragsfrei gestellt worden. Weitere Schritte seien bislang nicht in Sicht. Auch dieses Versprechen im Koalitionsvertrag sei nicht gehalten worden. Seine Fraktion habe hierzu sogar einen Antrag gestellt, der jedoch von den regierungstragenden Fraktionen abgelehnt worden sei. Er kündige für diese Wahlperiode noch einen weiteren Antrag in diese Richtung an.

Darüber hinaus bringe seine Fraktion immer wieder den Kinder- und Jugendförderplan in die Diskussion. Die Aussage des Abgeordneten Jörg, dass man diesen weiterentwickelt habe, könne er nicht bestätigen. Dieser Plan sei vom Volumen her heute immer noch so, wie er 2012 beschlossen worden sei. Die Anträge seiner Fraktion, das Volumen zu erhöhen, seien stets abgelehnt worden. Auch in diesem Haushaltsverfahren werde man wieder einen entsprechenden Antrag stellen. Lediglich bei Podiumsdiskussionen dafür einzutreten, das Volumen zu erhöhen, reiche nicht aus. Es müsse auch gemacht werden.

Weitere Punkte im Koalitionsvertrag seien Jugendbeteiligung, politische Bildung, Rechtsextremismusbekämpfung, Stärkung der Kinderrechte, Demokratie und Mitbestimmung. Diese seien zwar in Teilen angegangen worden, aber aus Sicht seiner Fraktion nicht weitgehend genug. Dies gelte vor allem für den Bereich Rechtsextremismus. Es gebe stark ansteigende Zahlen, was Anschläge und Übergriffe angehe. Insofern

bestehe hier dringender Handlungsbedarf. Auch hierzu habe seine Fraktion in den vergangenen vier Jahren diverse Anträge gestellt, und das werde man auch weiterhin tun.

Auch im Bereich der Stärkung der Kinderrechte habe seine Fraktion umfangreiche Mitbestimmungsanträge gestellt. Als einen Baustein habe man den Kinderrechtsbeauftragte etablieren wollen. All das sei abgelehnt worden als nicht geeignetes Mittel, die Kinderrechte zu stärken. Eigene Ideen, die auch finanziell hinterlegt seien, habe es leider nicht gegeben.

Selbstverständlich sei die Bekämpfung der Kinderarmut in erster Linie Bundesangelegenheit. Die SPD trage ja nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch auf Bundesebene Regierungsverantwortung. Insofern sollte man sich mit entsprechenden Forderungen in Richtung Bundesebene vielleicht nicht zu weit aus dem Fenster lehnen. Auch dies sei nicht ehrlich und werde der ganzen Sache nicht gerecht. In der vergangenen Woche habe ein sehr gutes Sachverständigengespräch zu den Themen „Kindergrundsicherung“ und „bedingungsloses Grundeinkommen“ stattgefunden. Insbesondere das Thema „Kindergrundsicherung“ sollte in dieser Legislaturperiode noch einmal aufgegriffen werden. Dies könne zwar das Land nicht einfach auf den Weg bringen, aber es bestehe eine gute Chance, dieses so wichtige Thema auf Bundesebene zu platzieren. Er würde es begrüßen, wenn dieser Weg mitgegangen werde. Hierzu werde seine Fraktion in den nächsten Tagen einen ersten Aufschlag machen.

Dagmar Hanses (GRÜNE) führt aus, nach so viel unrichtigen und wirren Sachen wolle sie einiges klarstellen. Der vorliegende Haushaltsentwurf sei selbstverständlich von der Einführung von EPOS geprägt. Dies trage zu Haushaltsklarheit und mehr Transparenz bei, was ihre Fraktion sehr begrüße.

Die Koalition betreibe keine eigenständige Jugendpolitik, sondern gemeinsam mit den Akteuren auf Landesebene eine einmischende. Beide Begriffe prägten die Fachdiskussion.

Selbstverständlich sei der Kinder- und Jugendförderplan weiterentwickelt worden. Beispielsweise habe man die Zielgruppe der LSBTTI-Jugendlichen aufgenommen, die Inklusion eingeführt, die Mädchenförderung verzehnfacht, die Partizipation ausgebaut, den Eigenanteil für freie Träger gesenkt und ehrenamtliche Arbeit als Eigenanteil anerkannt. In diesem Zusammenhang erinnere sie aber daran, dass die Förderperiode fünf Jahre dauere und dieser Plan somit bis 2017 festgeschrieben sei. Auch ihre Fraktion erkenne einen großen Mehrbedarf. Die Forderung insbesondere des Landesjugendrings nach 20 % mehr habe man durchaus vernommen. Noch vor der Landtagswahl werde in diesem Bereich etwas unternommen.

Mit Blick auf Rechtsextremismus und Neosalafismus gebe es ein integriertes Handlungskonzept aller Häuser. In der Tat seien die Zahlen besorgniserregend. Aus diesem Grunde habe die Landesregierung gehandelt.

Auch die Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung seien aufgestockt worden.

Zur Elementarbildung: Jeder angemeldete Platz werde vom Land finanziert. Die Landesregierung habe die Bundesmittel konsequent weitergeleitet. Dies sei bei Herrn La-

schet nicht so gewesen. Seit 2010 seien die Mittel in diesem Bereich mehr als verdoppelt worden, nämlich 1,5 Milliarden mehr, jedes Jahr 400 Millionen eigene Landesmittel zusätzlich. Im Ü3-Bereich gebe es eine Ausbaudynamik von 95 %. Diese Aufholjagd Nordrhein-Westfalens könne sich sehen lassen. Selbstverständlich habe man auch Prioritäten gesetzt. Hier verweise sie auf KiTaPLUS. Alle Sachverständigen hätten ausgeführt, dass dieses Konzept greife.

Das Verständnis der CDU von Sprachförderung als konstruiertem Programm und nicht als ganzheitlichen Ansatz in der Elementarbildung könne sie nicht nachvollziehen.

Sie habe ein Problem damit, dass die Tatsache, dass Menschen nach NRW kämen, als Flüchtlingsproblematik beschrieben werde. Diese Menschen seien eine Chance für NRW. Für die unbegleiteten Minderjährigen würden die Haushaltsmittel von knapp 87 Millionen in 2015 auf 632 Millionen in 2017 steigen. Dies sei auskömmlich, damit diese Minderjährigen eine entsprechende Hilfe bekämen.

In Anbetracht dessen begrüße sie den Haushaltsentwurf. Damit würden die Entwicklungen der letzten sechs Jahre fortgesetzt.

Daniel Düngel (PIRATEN) entgegnet, selbstverständlich erkenne er an, dass die Landesregierung im Bereich Rechtsextremismus und Neosalafismus gehandelt habe. Gleichwohl reiche dies nicht aus.

Er kritisiere, dass der Kinder- und Jugendförderplan seit 2012 nicht angepasst worden sei. Auch wenn dieser 2012 für fünf Jahre ausgehandelt worden sei, könne angesichts der Defizite eine Anpassung erfolgen. Dies wäre auch dringend notwendig gewesen. Wenn das aber nicht gewollt sei, dann sollte es auch gesagt werden. Das wäre ehrliche Politik. Dann würden sich auch die Jugendverbände keine falschen Hoffnungen machen.

Marcel Hafke (FDP) ist ebenfalls der Auffassung, dass eine Anpassung des Kinder- und Jugendförderplans dringend notwendig sei, auch wenn dieser auf fünf Jahre festgelegt sei. Er trete seit Jahren dafür ein, diesen Plan zu dynamisieren, damit dieser aus den Wahlkampfscenarien herauskomme. Auch die Experten würden dies begrüßen.

Das Gleiche gelte für den U3-Bereich. Er könne nicht nachvollziehen, dass man so die Realität ausblende. Man feiere sich für eine angebliche Aufholjagd und liege auf dem letzten Platz aller Bundesländer. Das größte und schlagkräftigste Bundesland müsse doch den Anspruch haben, auf Platz 1 zu kommen.

Bernhard Tenhumberg (CDU) betont, er habe keine Ausführungen zum Inhalt von Sprachförderprogrammen gemacht, sondern lediglich gesagt, dass das Kürzungsprogramm vor allem das Sprachprogramm treffe. Insofern bitte er darum, genau zuzuhören.

Eine Verlässlichkeit habe ja auch etwas für sich. Insofern halte er die Festschreibung des Kinder- und Jugendförderplans auf fünf Jahre für richtig. Es sei aber nicht redlich,

diesen Plan ohne frisches Geld zusätzlich zu befrachten. Auch seine Fraktion trete für eine Dynamisierung ein.

Es werde immer dargelegt, dass die Kindspauschalen verdoppelt worden seien. Der Abgeordnete Hafte habe deutlich gemacht, auf welchen Platz NRW bundesweit liege. Interessant seien doch die Pro-Kopf-Zahlen. Zwar seien die Kindspauschalen erhöht worden, dies gelte aber auch für die Platzzahlen. Dies sollte einmal in Relation gesetzt werden. Dann werde man nämlich erröten.

Ministerin Christina Kampmann (MFKJKS) legt dar, schon in der Sitzung vergangene Woche habe sie mitgeteilt, wie viele Investitionsmittel zur Verfügung stünden, nämlich 100 Millionen für den Ü3-Bereich und etwa 37 Millionen für den U3-Bereich. Im nächsten Jahr werde mit ungefähr 200 Millionen Bundesmittel gerechnet. Diese Mittel würden fortlaufend von den Kommunen abgerufen. Diese seien vorhanden, um neue Plätze für beide Bereiche zu schaffen.

Zu den Familienzentren empfehle sie den Vortrag von Prof. Rauschenbach vom Deutschen Jugendinstitut, den er letzte Woche beim Fachkongress der Familienzentren gehalten habe. Er habe NRW ausdrücklich für die Anzahl der Familienzentren gelobt.

Ihrem Ministerium sei nicht bekannt, dass es bei der Schwangerschaftskonfliktberatung für geflüchtete Frauen zu einer Überzeichnung gekommen sei. Hier müsse man einmal abklären, wer diese Aussage getroffen habe.

Der Abgeordnete Tenhumberg habe kritisiert, dass nur die 100 Millionen für weitere Plätze zur Verfügung gestellt würden. Sie erinnere sich an eine Sitzung, in der er kritisiert habe, dass diese 100 Millionen in Beton investiert würden. Man sollte sich einmal darüber klar werden, was man eigentlich wolle.

Der Bericht über die Erstattungsanträge für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sei gestern herausgegangen und müsste somit den Abgeordneten zeitnah vorliegen.

Für das Handlungskonzept Rechtsextremismus seien 2,3 Millionen bereitgestellt worden.

Was die Kinderarmut angehe, weise sie darauf hin, dass sie in der letzten Sitzung einen Baustein genannt habe, nämlich die Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss, die geplant würden.

Zum Kinder- und Jugendförderplan: Dagmar Hanses, Ingrid Hack und sie seien letzte Woche bei der Vollversammlung des Landesjugendrings gewesen. Sie habe das Gefühl gehabt, dass alle ziemlich dicht beisammen gewesen seien. Es stelle sich aber die Frage, wo die CDU gewesen sei.

Bernhard Tenhumberg (CDU) bittet um die Nennung der Haushaltsstelle, wo die von der Ministerin genannten 200 Millionen vom Bund veranschlagt worden seien.

Bezüglich der inhaltlichen Konzeption der Familienzentren liege man nicht auseinander. Seine Fraktion kritisiere aber, dass der Ausbau verlangsamt worden sei und dass

dieser nur punktuell und nicht flächendeckend erfolge. In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage nach dem Ausbau der flankierenden Dienste. Auch dies sei nicht im nennenswerten Umfang geschehen.

Er habe über den Koalitionsvertrag 2012 bis 2017 und nicht darüber gesprochen, wie seine Fraktion die in Rede stehenden 431 Millionen bei Regierungsverantwortung verwendet hätte. Man hätte dieses Geld auf jeden Fall nicht in Beton investiert, sondern im Betrieb an das Kind gebracht. Er rufe in Erinnerung, dass seine Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatung für 2016 einen Antrag für ein Landesinvestitionsprogramm eingebracht habe, um 110 Millionen Landesmittel für den Bau von U3- und Ü3-Plätzen zur Verfügung zu stellen und damit die Qualität zu verbessern.

Ministerin Christina Kampmann (MFKJKS) sagt, wenn sie Herrn Tenhumberg falsch verstanden habe, dann tue es ihr aufrichtig leid.

MR Wolfram Kullmann (MFKJKS) lässt wissen, im Zuge des Abschlusses des bundesgesetzlichen Verfahrens würden 200 Millionen € erwartet, die über die Haushaltsjahre 2017 bis 2020 dem Landeshaushalt zugeführt werden sollten. Im Zuge der vom Finanzminister in der letzten Woche angekündigten Ergänzungsvorlage solle die entsprechende haushalterische Vorsorge getroffen werden. Zunächst würden ohne Dotierung Haushaltsstellen ausgebracht. Sobald die Dotierung vorliege, werde man das wahrscheinlich parlamentarisch nachpflegen müssen.

Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten stimmt der **Ausschuss** den im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend liegenden Teilen des Einzelplans 07 zu.

